

15.01.2013

Antrag der Fraktion der CDU

Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!

In Bremen und Bremerhaven werden seit Jahren deutlich mehr minderjährige Mädchen schwanger, als im Bundesvergleich. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Schwangerschaft und Geburt bei minderjährigen Mädchen keine prinzipiell negativen Ereignisse sind. In den meisten Fällen fehlen aber die persönlichen Voraussetzungen und Kompetenzen für den verantwortungsvollen Umgang mit einem Kind.

Minderjährige, werdende Mütter besuchen nachweislich seltener die entsprechenden ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen. Die Quote von Alkohol- oder Drogenkonsum sowie Rauchen während der Schwangerschaft und der Anteil der Frühgeburten sind bei Teenagermüttern deutlich erhöht, womit auch die Säuglingssterblichkeit steigt. Auch der Anteil der Abtreibungen liegt in dieser Altersgruppe über dem Durchschnitt. Auch wenn die meisten Teenager ungewollt schwanger werden, erhoffen sich, gerade benachteiligte Jugendliche, oft durch ein Kind auch bessere Chancen einer sozialen Teilhabe und wünschen sich die „heile“ Familie, die sie selber nie hatten.

Im Jahr 2008 hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales deshalb eine Studie zur Situation und zum Handlungsbedarf bei Teenagerschwangerschaft im Land Bremen vorgelegt. Dazu wurden insgesamt 56 Experten befragt, deren Handlungsempfehlungen im Konzept zusammengefasst wurden. Insbesondere die Bereiche Verbesserung der Prävention, Verbesserung der Versorgung während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes sowie die Verbesserung der Transparenz und Vernetzung der verschiedenen Berufsgruppen der Beratenden und Unterstützenden standen dabei im Mittelpunkt der Empfehlungen.

Bereits 2002 wurde außerdem bei der Sozialsenatorin eine Arbeitsgemeinschaft „Junge Mütter“ angesiedelt, die einen Erfahrungsaustausch und die quantitative und qualitative Ausweitung von Präventionsprojekten zum Ziel hatte. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht seit Beginn dieser Legislaturperiode nicht mehr.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. Mai 2013 eine Zwischenevaluation des 2008 vom Senat vorgelegten Berichtes über Teenagerschwangerschaften im Land Bremen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, der Auskunft über die aktuellen Zahlen von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen gibt und darstellt, ob und in wie

weit die 2008 aufgezeigten Handlungsbedarfe bereits umgesetzt wurden und an welchen Stellen Nachbesserungsbedarf besteht.

2. der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) ebenfalls bis zum 1. Mai 2013 ein zwischen den Ressorts abgestimmtes Konzept zu Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, wie die Handlungsempfehlungen aus dem Jahr 2008 bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode umgesetzt werden können.

3. den Arbeitskreis „Junge Mütter“ bei der Sozialsenatorin dauerhaft wieder einzusetzen und langfristig und nachhaltig in Zusammenarbeit mit Experten an der inhaltlichen Weiterentwicklung des Konzeptes zur Prävention von Teenagerschwangerschaften zu arbeiten.

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU